

Willkür und Homosexuellenfeindlichkeit der Polizeibehörden in Russland

Alexei Korolev, Russian LGBT-Netzwerk, November 2016

Seit Jahren rangiert Russland ganz unten auf der Ranking-Liste der LGBT-freundlichen Staaten, und aus gutem Grund. Ein großes Problem ist russische Polizei. Die, die gelobt haben, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten, sind oft voller Vorurteile und bestrebt, Recht und Ordnung zu beseitigen. Hinzu kommt, dass die russischen Strafverfolgungsbehörden den Bürgerinnen und Bürgern die Schuld geben, wenn sie Opfer homophober oder transphober Verbrechen auch seitens der Polizei werden.

Zu einem bezeichnenden Vorkommnis kam es Ende August dieses Jahres in Krasnodar, eine Großstadt im Süden Russlands. Ein 22-jähriger Junge namens Viktor wurde spätabends auf dem Heimweg von der Polizei angehalten und durchsucht, ohne dass die Beamten sich vorgestellt oder ausgewiesen hätten. Sie vermuteten, dass Viktor schwul ist und fingen an, ihn zu beleidigen und zu entwürdigen. Sie haben Viktor «Auflehnung gegen Anordnungen von Polizeiangehörigen» vorgeworfen und ihn zur Wache mitgenommen, wo sie ihn weiter beschimpften und einschüchterten.

Auf dem Polizeirevier ging Viktors Missgeschick weiter. Als er auf sein Recht bestand, ein Vernehmungsprotokoll vorgelegt zu bekommen, um auch seine Fassung der Ereignisse festhalten zu können, haben die Polizeiangehörigen ihm gedroht, ihn in einer Massenzelle zu sperren und seine sexuelle Orientierung dort auszuplaudern. Dann würden die Mithäftlinge, so die Polizisten, Viktor vergewaltigen. Im Endergebnis wurde ein Protokoll ohne Viktors Beteiligung erstellt, und am nächsten Morgen hat das Gericht Viktor zu einer Geldbuße verurteilt.

Viktor meldete sich beim LGBT Netzwerk in Krasnodar, einer Menschenrechtsorganisation, die sich u.a. dem Schutz von LGBT-Personen widmet und Rechtsberatung anbietet. Die AktivistInnen der Organisation haben Anzeige erstattet wegen der rechtswidrigen Handlungen der Polizisten, haben sich bei dem regionalen Menschenrechtsbeauftragten gemeldet und das Ereignis in einem Monitoringprogramm für Diskriminierungserfahrungen aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität dokumentiert. Die Dokumentation wurde an die UN weitergeleitet. Leider stießen die AktivistInnen auf eine Mauer des Schweigens. Die Ermittlungs- und Anklagebehörde hat die Sache an dieselbe Polizeibehörde verwiesen, deren Angehörige das Verbrechen begangen haben, und es ist nicht verwunderlich, dass im Ergebnis die Sache im Sande einfach verlief.

Die Situation kommentiert Alexei Korolev, Leiter des LGBT-Netzwerks in Krasnodar: «Neben den Hassverbrechen aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, wählen die Rechtsbrecher oft LGBT-Menschen als Opfer und hoffen, dass diese Menschen wegen Homophobie der Polizeibehörden keine rechtliche Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden bekommen. Leider ist das, was mit Viktor geschehen ist, kein Einzelfall. Die Polizei ist homophob. Außerdem ist die Polizei in systematischer Weise homophob, und die Polizeileitung deckt diese menschenfeindliche Einstellung der einfachen PolizistInnen auf jede erdenkliche Art und Weise, sie deckt diese Verbrechen, deren Motiv Hass aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ist. Um dieses Problem wirksam anzugehen, brauchen wir Unterstützung. Was sollen wir tun? Das ist keine leichte Frage. In letzter Zeit suchen wir den Kontakt zu Mitgliedern des Europäischen Parlaments, damit sie uns helfen, den Druck auf die Behörden hier vor Ort zu erhöhen.